



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BBU BEGRÜSST LANDTAGSBESCHLUSS ZUM STADTUMBAU OST

18.09.2008 Fachinformation

Potsdam – "Wir freuen uns, dass sich der brandenburgische Landtag so klar für Fortsetzung des Stadtumbau Ost-Programms ausspricht," so Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU). Der heutige Beschluss der Landtagsfraktionen von SPD und CDU nehme zentrale Forderungen der brandenburgischen Wohnungsunternehmen auf. Notwendig sei aber auch eine rasche Regelung der Neuschuldenfrage. "Vor allem stimmen wir mit SPD und CDU darin überein, dass das Stadtumbau Ost-Programm unbedingt über 2009 hinaus fortgesetzt und flexibilisiert werden muss." Trotz erster Erfolge beim Abbau des Leerstandes rechne der BBU schon ab 2010 bei der Leerstandsentwicklung wieder mit einem deutlichen Aufwärtsdruck. Ab dann werde sich mehr und mehr bemerkbar machen, dass nach der Wiedervereinigung vor allem junge Menschen abgewandert seien: "Die Kinder, die sie damals nicht geboren haben, können heute keine eigenen Haushalte gründen." Derzeit stünden bei den brandenburgischen BBU-Mitgliedsunternehmen über 41.000 Wohnungen bzw. 11,2 Prozent des Bestandes leer. In den alten Bundesländern liege der Leerstand bei durchschnittlich 3,1 Prozent. Regelung der Neuschuldenfrage angemahnt Burkardt bedauerte, dass in dem heute verabschiedeten Antrag nicht auf die Neuschuldenfrage eingegangen werde. In Zukunft werde es unumgänglich sein, auch mit neuen Krediten belastete Wohnungen abzureißen. "Für sie muss dringend eine Regelung gefunden werden, wenn der Stadtumbau Ost erfolgreich weitergehen soll", unterstrich Burkardt. Höhere Schlagzahl notwendig Schon jetzt schafften die Wohnungsunternehmen in vielen brandenburgischen Städten trotz konsequenter Abrisse überzähliger Wohnungen oft nur eine Stabilisierung der Leerstände, führte Burkardt aus: "Soll ein Wiederanstieg der Leerstandsquoten verhindert werden, dürfte spätestens ab 2010 vielerorts die Schlagzahl beim Rückbau erhöht werden müssen." Der Antrag der Regierungskoalition trage dieser Notwendigkeit Rechnung, indem er sich für eine Weiterförderung insbesondere des Rückbaus leer stehender Wohnungen ausspreche. Unter dem Dach des BBU sind 363 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/bbu-begruesst-landtagsbeschluss-zum-stadtumbau-ost>